

□ *Wirtschafts- und Finanzkrise*

Der Staat überschätzt seine Leistungsfähigkeit

Führungskräfte vertrauen der Sozialen Marktwirtschaft, wünschen sich aber bessere "Spielregeln"

Abwrackprämie und Kapitalhilfen stoßen auf Ablehnung

95 Prozent der Führungskräfte fordern angesichts der tiefen Wirtschaftskrise neue Regeln für die Finanzaufsicht und im Wettbewerbsrecht. Nahezu drei Fünftel halten Konsumanreize für "eher" oder "vollkommen" falsch. Für knapp 60 Prozent ist klar: Die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates sind längst überschritten. Dennoch vertrauen annähernd 70 Prozent der Führungskräfte in Deutschland weiterhin in die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft.

Dies sind die zentralen Ergebnisse der neuesten Umfrage unter den 1.000 Mitgliedern des "Manager Monitor", dem Panel des Deutschen Führungskräfteverbandes.

Die Teilnahmequote lag bei über 40 Prozent.

Während mehr als zwei Drittel (68 Prozent) die Verstaatlichung "systemrelevanter" Banken wie der Hypo Real Estate in Kauf nehmen, überwiegt bei 84 Prozent die Ablehnung gegenüber staatlichen Kapitalhilfen für Opel oder Schaeffler. Weniger deutlich, aber immer noch mehrheitlich lehnen die Führungskräfte Konsumanreize wie die Abwrackprämie ab (58 Prozent).

Vier Thesen über die Bewährung der sozialen Marktwirtschaft in der aktuellen Krise erzielten folgende Zustimmungsraten ("Stimme voll zu" / "Stimme eher zu"):

- 95 Prozent Zustimmung: "Wichtiger als eine Neujustierung der Balance zwischen Markt und Sozialem ist eine Überarbeitung der "Spielregeln", zum Beispiel bei der Finanzaufsicht und im Wettbewerbsrecht."

- 67 Prozent Zustimmung: "Die Soziale Marktwirtschaft in ihrer heutigen Ausprägung stellt eine richtige Balance zwischen Markt und Staat sicher."
- 54 Prozent Zustimmung: "Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise muss die Soziale Marktwirtschaft den Aspekt der sozialen Absicherung stärker betonen."
- 33 Prozent Zustimmung: "Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise muss die Soziale Marktwirtschaft stärker marktwirtschaftlich werden."

Die bisherigen Maßnahmen der Konjunkturpakete I und II werden mehrheitlich als richtig ("vollständig richtig" / "eher richtig") teilweise aber auch mit knapper Mehrheit als falsch ("eher falsch" / "vollständig falsch") angesehen:

- 94 Prozent Zustimmung: Investitionen in Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur
- 84 Prozent Zustimmung: höherer Grundfreibetrag und der niedrigere Eingangssteuersatz
- 59 Prozent Zustimmung: Bürgschaften und Kapitalhilfen an "notleidende" Banken
- 43 Prozent Zustimmung: steuerfinanzierte Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung auf 14,9 Prozent ist als Antwort auf die Krise
- 42 Prozent Zustimmung: Konsumanreize wie die Abwrackprämie

Der Präsident des Deutschen Führungskräfteverbandes Joachim Betz bewertet gegenüber der "Wirtschaftswoche" die Umfrage-Ergebnisse wie folgt:

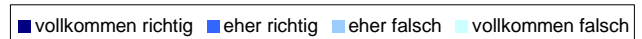
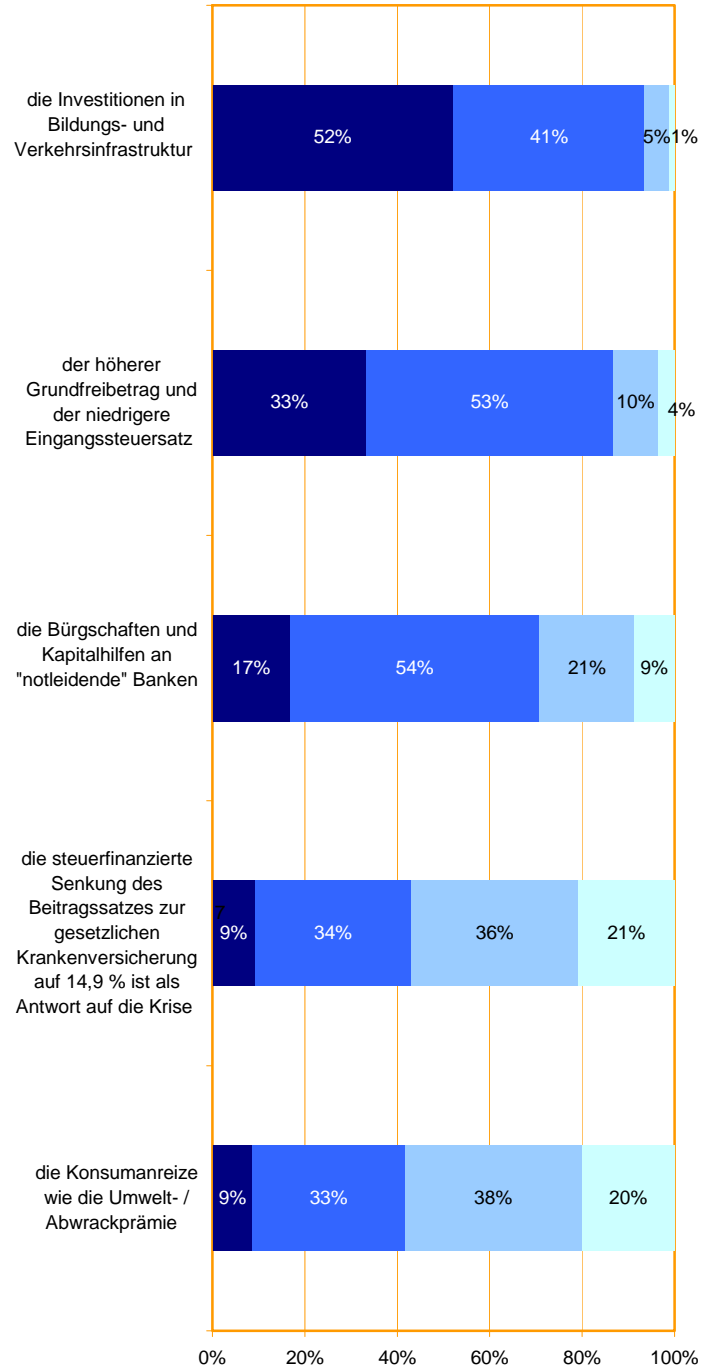
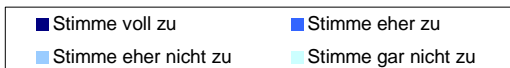
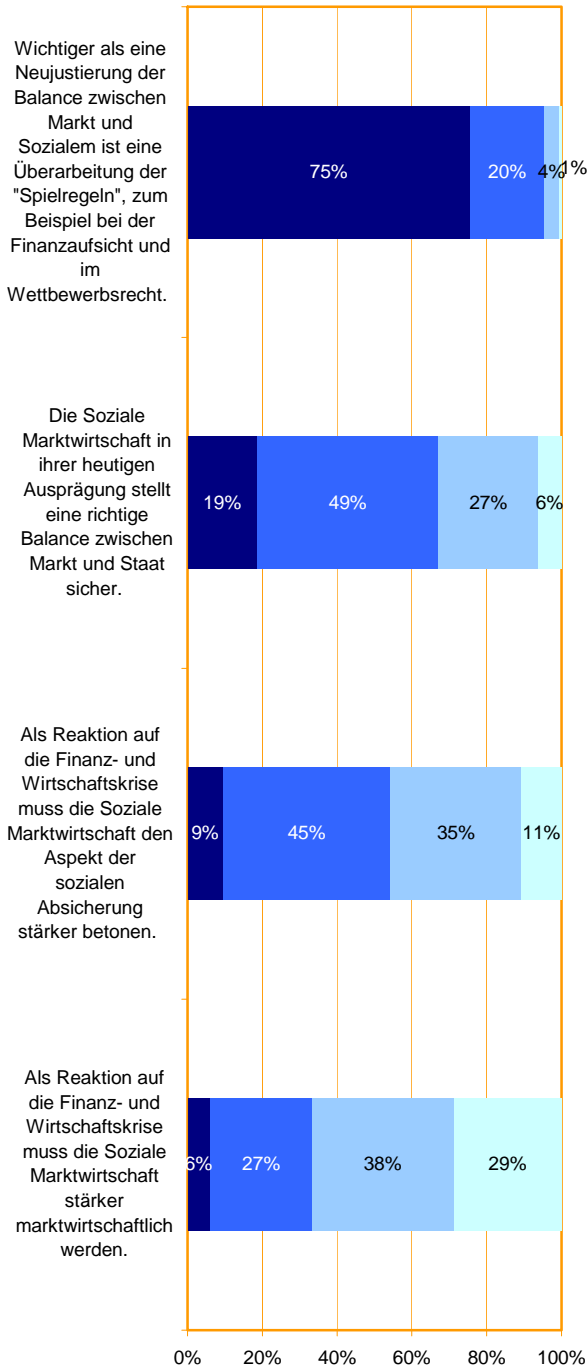
"Der Staat suggeriert den Bürgern, er könne mit Geld alles richten. Die kritische Haltung der Führungskräfte zeigt, dass diese sehr genau unterscheiden können zwischen dem, was nachhaltig und dem, was nur ein Strohfeuer ist. Vor allem aber wissen sie, dass bald der Zahltag für all die teuren Versprechen kommt".

Hinweis:

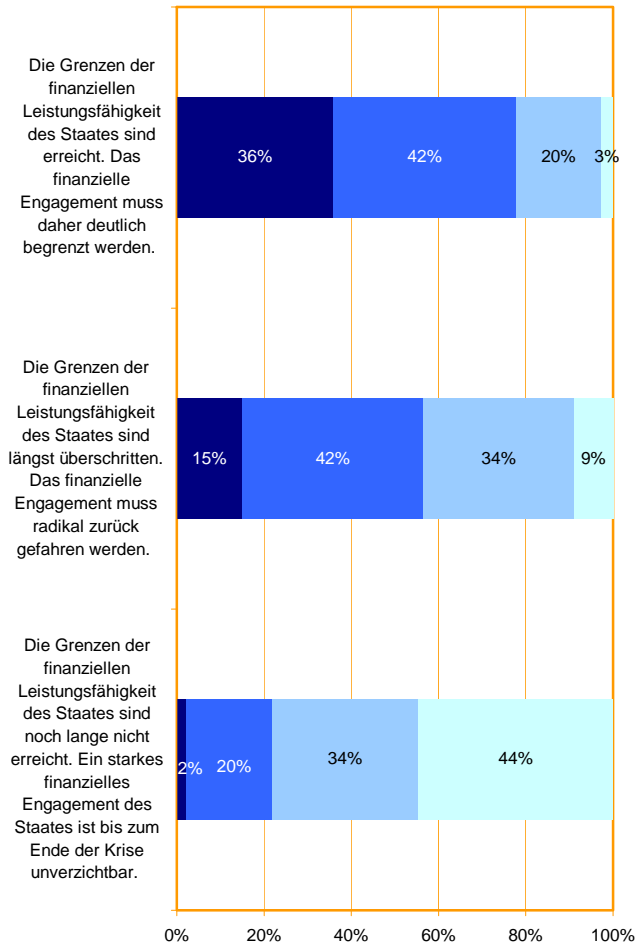
Auf den beiden Folgeseiten finden Sie eine detaillierte grafische Darstellung aller Ergebnisse.

Bitte bewerten Sie die folgenden Aussagen zur Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft in der gegenwärtigen Krise?

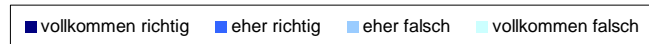
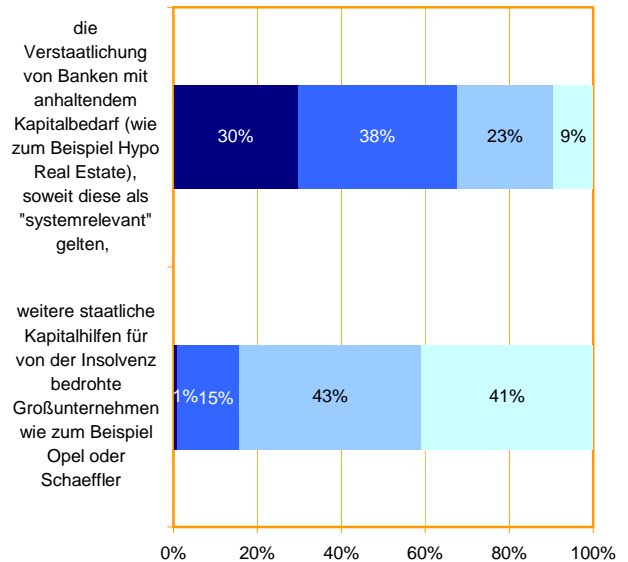
Bitte bewerten Sie die bisherigen staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise? Als Antwort auf die Krise ist / sind



Wie beurteilen Sie angesichts der massiven Ausgaben die künftige finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates?



Bitte bewerten Sie die politisch diskutierten, bislang nicht realisierten Maßnahmen? Als Antwort auf die Krise wäre / wären



Impressum

Unter www.manager-monitor.de veröffentlicht der Deutsche Führungskräfteverband sechs Mal im Jahr Umfragen zu aktuellen Themen aus den Bereichen Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. Die Umfragen basieren auf einem festen Panel mit rund 1.000 berufstätigen Führungskräften aus nahezu allen Branchen der Privatwirtschaft im Alter von 30 bis 65 Jahren. Der Deutsche Führungskräfteverband vertritt die politischen Interessen der angestellten Führungskräfte in Berlin und Brüssel. Seine Mitgliedsverbände bieten den Führungskräften eine individuelle berufsbegleitende Beratung rund um den Arbeitsvertrag. Sie bieten Raum für einen Zusammenschluss von Führungskräften auf regionaler und betrieblicher Ebene und gewährleisten so eine wirkungsvolle berufliche Interessenvertretung. Sie liefern ihren Mitgliedern aktuelle Informationen durch Broschüren, Merkblätter oder Newsletter und ihre Verbandszeitschriften. Seminare und Kooperationen mit Anbietern von für Führungskräfte besonders interessanten Dienstleistungen mit günstigen Sonderkonditionen für Mitglieder runden das Angebot der Verbände ab. Die Verbände des ULA-Netzwerks im Überblick www.vaa.de | www.die-fuehrungskraefte.de | www.vga-koeln.de | www.vdl.de | www.kdf-online.org | www.vbu-ev.de
Herausgeber *Deutscher Führungskräfteverband (ULA)*
Kaiserdamm 31 | 14057 Berlin
Telefon 030.30 69 63-0 | Fax 030.30 69 63-13
E-Mail info@ula.de | www.ula.de
Redaktion *Andreas Zimmermann*
Verantwortlich *Kay Uwe Berg*
Gestaltungskonzept *Nolte | Kommunikation*